



Die Werkleitung, darunter einige ganz forsche Jung-Dynamische, haben das so nicht erwartet: Eine Belegschaft, die es nicht freiwillig zulässt, dass ein Teil von ihr abgespalten, verkauft und fremdvergeben wird. Einfach so, per Fingerschnipp. Diese Belegschaft hat reagiert. Nicht nur mit 5.000 Unterschriften oder mit lauen Worten. Sie ist der Empfehlung des Werkleiters, „auch mal los zu lassen“, nachgekommen und hat am 11. Oktober für eineinhalb Stunden den Hammer fallen lassen. Und die Diskussionen sind noch lange nicht beendet, wie das Foto vom 29. November zeigt. Die Werkleitung hat die erhoffte Friedhofsruhe nicht wieder herstellen können, die sie braucht, um munter weiter fremd zu vergeben (die nächsten Bereiche; wie etwa der Versand, werden schon gehandelt). Sie werden aus dieser Belegschaft auch keine Schafherde machen können, die sich freiwillig zur Schlachtbank führen lässt.

Wir werden nicht zulassen, dass das Management in seinem HPV30-Wahn, in seinem (nicht unserem!) Krieg um Absatzmärkte, uns die Arbeitsplätze unter dem Hintern weghaut. So wie z.B.

Leiharbeit und Fremdvergabe sind nicht weit entfernt von Zwangsarbeit. Warum? Keiner verdingt sich freiwillig für 7.50 Euro die Stunde, wohl wissend, dass er sich und seine Familie damit nicht ernähren kann, von der Rente später ganz zu schweigen. Nimmt er diese Jobs nicht an, bekommt er eine Sperre, kriegt er also nicht einmal die 374 Euro Hartz IV. Und unsere Kinder? Praktikum umsonst, Minijob oder Leiharbeit heißt die „Perspektive“. Und wenn selbst das nicht klappt, wird ein „Förderjahr“ zwangsverordnet, fast gratis für die Kapitalisten am Band. Von „freiem Verkauf der Arbeitskraft“ also kann gar keine Rede mehr sein.

der Siemens-Konzern, der langsam zu einem Haufen von Klein- und Mittelbetrieben zerhackt wird, der die Produktion immer mehr in Billiglohnländer verschiebt, hier gerade mal die Entwicklung belässt und die Verwaltung, die dann Hunderttausende von Arbeitern in der ganzen Welt dirigiert und ins Elend treibt. De-Industrialisierung hier, schärfste Ausbeutung dort – und die Gewinne fließen wieder zurück in die Konzernzentrale.

Wer Billiglöhne (z.B. per Fremdvergabe oder Leiharbeit) kampflos hinnimmt, der braucht sich später über Altersarmut nicht wundern. Dem gehört das Erziehungsrecht an seinen Kindern entzogen, weil er zulässt, dass sie bestenfalls noch einen Minijob, ein Praktikum bekommen oder sich als Leih- oder Zwangsarbeiter verdingen müssen. Der begeht aktiven Streikbruch gegen die Kollegen in Spanien, Griechenland, Portugal..., die längst mitten drin stecken in tiefstem Elend. Wer vor diesen Dingen die Augen verschließt, in der trügerischen Hoffnung „wird schon nicht so schlimm werden“, wie kann der morgens eigentlich noch in den Spiegel schauen?

In seinen „besten Zeiten“ hat der Daimler-Konzern bis zu 46.000 Zwangsarbeiter beschäftigt. Seine „besten Zeiten“ waren das große Geschäft mit dem Krieg in den 40er-jahren des letzten Jahrhunderts. Dieses Geschäft war die „Lösung“, der Ausweg des Konzerns aus der großen Weltwirtschaftskrise. Nein, im Weltkrieg stecken wir heute sicher noch nicht. Aber mitten in der Vorbereitung. Wir, die Bataillone, das Fußvolk, sollen kriegstauglich gemacht für die Schlacht um die Weltmärkte, während die Generäle in den Vorständen in sicherer Deckung hinter den Linien stehen. Heute gegen „unseren Gegner“ BMW oder Audi, morgen dann gegen den Rest der Welt.

Fremdvergabe geht uns alle an!

Halle 8

Die Mehrheit der Kollegen aus Halle 8, sind wütend und Empört über die angekündigte Fremdvergabe. Viele vor allem ältere Kollegen, befürchten dass sie das Rentenalter hier nicht mehr erreichen. Weil der Arbeitgeber die Rationalisierung ohne Rücksicht und Fürsorge durchzieht. Das Kapital zeigt sein wahres Gesicht, bist Du Krank, dann kann er mit Dir nichts mehr anfangen dann bist Du nur noch ein Kostenfaktor.

Die Stimmen werden immer mehr, dass wir alle uns gegen die Fremdvergabe wehren müssen. Aktionen jetzt und sofort, sonst machen Sie mit uns in Zukunft was Sie wollen. Nur wenn wir alle zusammen halten, können wir uns gegen das Brutale Vorgehen der Fremdvergabe wehren.

Wird die Logistik „verkauft“

Nur in zwei Werken, nämlich Sindelfingen und Bremen, ist die Logistik noch in Eigenregie. Viele Kollegen stellen sich die Frage, wann sind wir dran. Wann werden die Arbeitsplätze an Billigfirmen verramscht. Habe ich noch eine Zukunft in der Logistik?

Die Antwort kann uns keiner geben. Nur eines ist klar, wenn wir uns nicht alle wehren, gegen Fremdvergabe, gegen Leiharbeit, gegen Taktzeiten die kaum noch zu schaffen sind, dann werden wir alle, Montage wie Lack oder Rohbaukollegen überm Deister gehen.

Durch die Einführung von Staplerpool und Idealband sind die körperlichen Belastungen immens gestiegen und der Stress nimmt rapide zu. Die Befürchtung, mein Arbeitsplatz als Bahnhofsfahrer, als Abfahrer im Versand sind nicht unbegründet. Doch Angst hat und muss nur einer haben, nämlich der Centerleiter Theurer und die Werkleitung. Angst haben sie immer dann, wenn wir Logistiker uns einig sind und zusammen mit unseren Kollegen aus der Montage gegen diesen HPV30 Wahnsinn vorgehen und um unsere Arbeitsplätze kämpfen.

Rohbau

Im April ist es so weit: Die, mit Anlauf des R172 (SLK) fremdvergebene Anlagenbetreuung in der Funkschneise, soll wieder von Daimler übernommen werden. So wurde es damals mit der Werkleitung vereinbart. Da wird es langsam Zeit Kollegen festzulegen, die dort hin gehen und diese zu qualifizieren. Davon ist bisher allerdings nichts zu hören, stattdessen sollen 60 Kollegen befristet in die Halle 9 versetzt werden. Sollte hier durch die Hintertür versucht werden die Fremdvergabe aufrecht zu halten, gibt es auch für uns kein Halten mehr.

Die Rente mit 67 muss weg

Das statistische Bundesamt sagt, dass ein Arbeiter im Durchschnitt mit 68,5 Jahren stirbt. Das kann für uns Arbeiter bei Daimler und anderswo bedeuten, nach 1,5 Jahren Rente, nach über 40 Jahre schufteten für den Renditenwahn eines Vorstandes, für den Wohlstand und den Reichtum der Gesellschaft gearbeitet zu haben, zu sterben. Die Rente mit 67 Jahren ist von der damaligen schwarz/roten Regierung umgesetzt worden, trotz klein lauten Protesten unserer Gewerkschaft. Uns wird weisgemacht, die Menschen werden älter und darum müsste man auch länger arbeiten. Die Wahrheit ist, das die Rentenkasse, die der Staat „treuhänderisch“ in seinen Besitz genommen hat, immer wieder in der deutschen Geschichte ausgeraubt wurde und jetzt wieder als Kriegskasse erhalten soll. Denn wo ist das Geld geblieben? Das Geld, das der Mann und die Frau der Arbeiterklasse Monat für Monat, Jahr für Jahr, Jahrzehnte, bis zu 45 Jahre lang eingezahlt hat.

Die Mär vom "Generationenvertrag" (was so viel heißen soll: was eine Generation von der älteren erhalten hat, schuldet sie später der jüngeren - was eine Generation der älteren gegeben hat, darf sie später von der jüngeren fordern) ist eine blanke Lüge der Herrschenden, und ihre zäheste Volkslüge Numero 1, die im Volk - nach Jahrzehnten des Trommelns - angekommen ist. Die Wahrheit, die tatsächliche Realität spricht aber eine andere Sprache. Im Durchschnitt erhält der Arbeiter heute eine monatliche Regelaltersrente (BRD) in der Höhe von 762 Euro, die Arbeiterin von 354 Euro ausgezahlt (Statistik der deutschen Rentenversicherung – Rentenstand 31.12.2009). Aber wo ist das ganze Geld geblieben, was jahrzehntelang von uns Arbeitern eingezahlt worden ist. Die erste Plünderung erfolgte für die Kriegskasse des 1. Weltkrieg, der Hitler Faschismus raubte für seinen millionenfachen Mord an den Völkern zum zweiten Mal die Rentenkasse und für die Einverleibung der DDR wurden eben mal 40 Milliarden Euro geplündert.

Dies und nichts anderes sind die wahren Gründe für den sogenannten "Generationsvertrag"

Trotz der stattlichen Summe von mehr als 100.000 Euro, die fast jeder Arbeiter als Renten-Beitragszahlung in seinem Leben dem Staat überließ, wird das Standardrentenniveau 2030 nur noch 43% als Netto Rente betragen.

Es reicht schon lange!

Die Regierung der Monopole, die Regierung der Berliner Republik des sozialen und politischen Notstands, sie ist durch und durch arbeiterfeindlich und dies nicht nur bei der Rente mit 67. Die Sozialkassen, gerade wie die Rentenkasse, dienen der Berliner Regierung als Kriegskassen für die deutschen

Kriege in aller Welt und geraubt, wird aus den Kassen des Volkes, für ihren politischen Notstand der Republik: Für die Bundeswehr, dass sie gegen das eigene Land den Krieg proben kann, für Reservistenverbände samt paramilitärischen „Heimatschutz“, die den Notstand damit planen und organisieren gegen die, die sich dagegen mit Streiks und anderen Widerstandsmaßnahmen wehren, indem sie vor die Betriebe und auf die Straße gehen.

Dieses werden wir nicht verhindern, indem die IG Metall mit der Kampagne „Gute Arbeit - Gut in Rente“ in dieser Fabrik mit den Arbeitgebern, die dieses Elend verursacht haben, die Arbeitsplätze fremdvergeben wollen, vor der Vertrauensleute Vollversammlung auftreten und diesen Herren gestatten, mit Sprüchen und Verniedlichung der Probleme der Arbeitsplatzbedingungen zu verharmlosen.

Wir fordern Arbeiterkassen in Arbeiterhand, so wie es in anderen Ländern schon längst üblich ist. Aber solange wir stillhalten, solange erhalten wir von dieser Regierung nichts anderes, als Armutsrenten vor dem Tod.



Die Gutgläubigkeit der Arbeiterklasse, man könnte diesem Staat und seiner Regierung der Volksfeinde die Arbeiterkassen, die Renten- und Sozialkassen überlassen, statt sie fest in eigener Hand zu behalten und mit Zähnen und Klauen vor dem Raub der Herrschenden zu schützen, bringt der Arbeiterklasse im Alter Armut und Not. Wo ist also das Geld der Arbeiterklasse geblieben? Die Arbeiterkassen, so auch die Rentenversicherungskasse, in staatlicher Hand, sind der Bourgeoisie noch nie etwas anderes gewesen als Kriegskasse.

- für langjährig Versicherte (Männer): 1.169 € / Monat
- Renten insgesamt (Männer): 931 € / Monat
- Regelaltersrente für Frauen: 354€ / Monat
- für langjährig Versicherte (Frauen): 531 € / Monat

Der Notstand der Republik

geht auch (nicht) an unseren Gewerkschaften vorbei

Rund 15 Autominuten von Daimler und zwei weiteren Rüstungsbetrieben liegt sie entfernt, die Bremer Scharnhorst-Kaserne. Und eben in jener Kaserne wurde im Juni bundesweit das erste Regionale Unterstützungskommando

gegründet und stationiert. Eine grundgesetzwidrige Heimatschutztruppe zur ebenso grundgesetzwidrigen Unterstützung der Bundeswehr bei ihren Einsätzen nach Innen. Zum Beispiel gegen die Arbeiter, gegen das Volk.

Grund genug, einen Antrag an die Delegiertenversammlung zu stellen, damit die IG Metall Bremen, entsprechend der Satzung, klare Position dagegen bezieht.

Der Antrag führte nicht nur zu heftigen Diskussionen, sondern auch zu peinlichen Ausfällen des 1. Bevollmächtigten. Die Antragsberatungskommission, unter Mitarbeit des 1. Bevollmächtigten (obwohl er nicht Mitglied der Kommission ist) empfahl, den Antrag auf einige karge Allgemeinplätze zurecht zu stützen, ihn also aller Inhalte zu berauben.

Die Begründung war wortreich, aber vom Inhalt her total falsch, Tatsachen und Geschichte verdrehend, bis hin zur offenen Dummheit ("wir lassen uns nicht instrumentalisieren").

Nur einige Beispiele:

- Es wurde behauptet, der Große Senat des Bundesverfassungsgerichts habe in seinem jüngsten Urteil gerade festgestellt, dass ein Einsatz der Bundeswehr im Inneren **nicht** zulässig sei. Das ist falsch und das weiß jeder, der das Urteil und die Minderheiten-Stellungnahme eines Richters gelesen hat. Sogar ein Blick in die bürgerliche Presse hätte genügt und der

Antragsberatungskommission und ihrem Helfer eine große Peinlichkeit erspart.

- Es wurde nicht zur Kenntnis genommen, dass es unter anderen gerade die IG Metall in den 60er Jahren war, die - angesichts der Notstandsgesetze - vor solch einer Entwicklung, wie sie damals geplant und heute aber schon längst vollzogen ist, gewarnt hat. Sogar über einen Generalstreik zum Schutz der bürgerlichen Demokratie wurde damals heftig diskutiert.
- Es wurden die Gefahren für die Gewerkschaftsbewegung, sowie die Gefahren der Militarisierung nach Innen schlicht und einfach geleugnet, bzw. als "agitatorisch" abgetan.

Dass zuletzt noch auf den rechtsten Antikommunismus zurückgegriffen wurde, zeigt, auf welch niedrigem Niveau Teile unserer Gewerkschaft gelandet sind.

Das werden wir dringend ändern müssen, wenn wir es nicht wieder zulassen wollen, dass die größte Dummheit in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wiederholt wird.

[Der Antrag ist bei den Unterzeichnern dieses Flugblattes erhältlich]

Der Kampf um eine Anti-Kriegs-Veranstaltung

Mehrfach haben wir Euch an dieser Stelle zur internationalen Antikriegs-Veranstaltung am 29.09.2012 in München eingeladen. Das sie tatsächlich stattfinden konnte, war bis kurz vor Beginn nicht absehbar. Einige Wochen vorher wurde polizeilich mit Beschlagnahmungen und Hausdurchsuchungen gegen Verteiler der Flugschrift zur Veranstaltung vorgegangen. Grund war die Abbildung einer Fotomontage des bekannten Graphikers John Hartfield. Hartfield hat viele Montagen für die Arbeiterbewegung und gegen den Faschismus gemacht und wurde deswegen von den Hitler-Faschisten verfolgt.

Außerdem versuchte die Stadt München den im Frühjahr geschlossenen Mietvertrag mit der Musikhochschule, dem Gebäude, in dem 1938 das Abkommen geschlossen wurde, zu brechen. Erst vor Gericht konnten wir die Einhaltung des Vertrages erzwingen.

Dieser Kampf gegen Kriegsgegner und die Veranstaltung in München zeigt, wie weit dieser Staat und seine Lakaien zu gehen bereit sind, um ihre Interessen zu schützen.

Und das ist eine Entwicklung, die sich nicht auf München beschränkt. Angefan-

gen bei uns. Hier werden Arbeiter mit Abmahnungen und anderen Maßnahmen bedroht, wenn sie sich gegen Fremdvergabe und Arbeitshetze wehren. Da werden Heimatschutzkompanien ganz in der Nähe unserer Fabriken aufgebaut, und fast zeitgleich erlaubt das Bundesverfassungsgericht den Einsatz von Militär gegen streikende Arbeiter. Und da werden Manager und Finanzhaie nach Griechenland, Portugal und andere Krisenländer geschickt, um die deutschen Profite zu sichern.

Das alles kann aber nicht unsere Zukunft sein. Darum ist es an der Zeit und an uns gegen die Ausbeutung der Arbeiter hier und überall auf der Welt zu kämpfen. Wenn der deutsche Staat den Arbeitern dieser Welt den Krieg erklärt, ist es an uns zu reagieren und ihn in seine Schranken zu weisen.

Dass die Veranstaltung in München mit über 200 Besuchern stattfinden konnte ist ein kleiner Sieg auf diesem Weg. Die Gerichtsprozesse zur Flugschrift mit der antifaschistischen Fotomontage von Hartfield laufen noch und diese Frage der Kunstfreiheit wird wahrscheinlich noch vor dem Bundesverfassungsgericht landen. Hier wird nicht nur ein Teil

unserer Kultur angegriffen, hier geht es um eine Grundlage der bürgerlichen Demokratie. Wir werden euch weiter auf dem Laufenden halten.



Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen.

Kontakt: Jochen Kohrt, H 3 (Tel. 90442) / Jörg Häring, H 3 / Ralf Wieland, WPS / Herbert Mogck, H 4/6 (Tel. 90575) / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H 8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H 8, DNS / Gerhard Kupfer, H 8 (Tel. 91959) / Sascha Heiner, H 9 / Uwe Müller, H 9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H 7 (Tel.6679) / Ingo Franke (H 8, DNS) und viele andere...

(Dezember 2012)

E-Mail-Kontakt: gerwingoldstein@freenet.de - Spenden an: Sparda-Bank Hannover, BLZ:25090500, Konto-Nr.: 101637991, U. Müller, Stichwort: Flugblatt